

Ressort: Politik

Ungewissheit über Zukunft Zyperns

Nikosia, 19.03.2013, 21:29 Uhr

GDN - Nach der zyprischen Ablehnung der Bedingungen für das Rettungspaket der Euro-Staaten ist die Zukunft des Finanzsystems des Mittelmeerstaates ungewiss. Neben Bankenpleiten droht nach Expertensicht nun auch ein kompletter Staatsbankrott.

Im Parlament hatten zuvor 36 der 56 Abgeordneten gegen den Gesetzentwurf der Regierung votiert, der eine Zwangsabgabe für Kunden zyprischer Banken vorsah. 19 Parlamentarier enthielten sich. Eine Abgeordnete war nicht anwesend. Damit sind die Voraussetzungen für Finanzhilfen der Euro-Staaten in Höhe von 10 Milliarden Euro nicht erfüllt. Diese hatten zur Bedingung gemacht, dass durch eine Zwangsabgabe auf Spareinlagen weitere 5,8 Milliarden zur Rettung des Bankensystems zusammenkommen. Das Vorhaben hatte wütende Proteste ausgelöst. Während der Parlamentsdebatte waren auch scharfe verbale Attacken gegen Deutschland gefahren worden. "Schäuble und Merkel: Ihr könnt das Geld ja euren Mitbürgern wegnehmen, um unsere Bedürfnisse zu erfüllen" schrie ein Abgeordneter vom Redepult in den Saal, in fast jedem weiteren Redebeitrag wurde Deutschland erwähnt. Dies Demütigungen könne Zypern nicht hinnehmen. Für Wirbel sorgten auch Presseberichte über einen angeblichen Rücktritt von Finanzminister Michalis Sarris. Salis befand sich am Dienstagabend auf dem Flug nach Moskau und ließ die Rücktrittsmeldungen von dort dementieren. Die zyprische Börse setzte bis einschließlich Mittwoch den Handel aus, die Banken sollen frühestens am Donnerstag wieder öffnen. "Entweder wird dann noch mal nachverhandelt, oder die Europäische Union ist konsequent und entlässt Zypern in die unkontrollierte Staatspleite, und dann müssen wir sehen, was aus diesen Andeutungen von Anastasiades zu halten ist, was denn dann wirklich kommt, oder ob diese Staatspleite aus irgendwelchen Wundergründen, sprich russisches oder chinesisches Darlehen oder woher auch immer auf einmal dann diese Riesenbeträge herkommen sollen, kurzfristig, ob da was abgewendet werden kann", sagte Hubert Faustmann, Politikwissenschaftler und Dozent an der Universität Nikosia am Dienstag dem "Deutschlandfunk".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-10214/ungewissheit-ueber-zukunft-zyperns.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619